



Dr. Barbara Hähnchen, Attac Berlin und
Arbeitskreis Ökonomie und Kirche im ÖNiD
barbara.haehnchen@gmx.de
Anschrift: Kastanienallee 2a,
16341 Panketal bei Berlin

Panketal, 15. Juli 2009

Liebe Alle im Ökumenischen Netz!

Dieser Brief soll Eurer Ermutigung dienen.

Als wir uns mit unserer „Solidarischen Bürgerversicherung – fair teilen statt sozial spalten“ an das ÖNiD gewendet haben, wussten wir nichts von dem beeindruckenden Umfang dieses Netzes im Westen Deutschlands. Die Jahrestagung Ende 2008 in Köpenick war überschaubar. In Ostdeutschland gab es noch keine Länder-Netze.

Zwar waren solche Ländernetze in Westdeutschland aus der ÖNiD-Homepage erkennbar, aber die Mail-Adressenliste der darin organisierten Einzelpersonen war doch nur so groß, dass wir sie alle einzeln anschreiben konnten, um unsere Bürgerversicherung vorzustellen.

Erst jetzt haben wir erfahren aus dem ÖNiD Württemberg, dass dort nur etwa 10 % der Mitglieder überhaupt eine Mail-Adresse haben! Dann ist die Verbreitung eines längeren Konzepts wie das der Bürgerversicherung einfach nicht möglich ohne erhebliche Kosten. Allenfalls die Kurzfassung könnte man innerhalb eines Landesnetzes per Normalbrief versenden. Aber in der Kurzfassung ist eben in erster Linie die neue Methode der Beitragserhebung zur Sozialversicherung beschrieben – immerhin der Kern des Konzepts.

Aufzugeben fällt uns schwer!

Und warum auch? Es gibt eine ermutigende Geschichte, die ich 20 Jahre nach 1989 erzählen sollte. Damals war nämlich von Internet noch keine Rede. Aber es gab in der DDR die kirchliche Friedensbewegung, die durch den konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sehr stark wurde. Sie entwickelte sich zur Bürgerrechtsbewegung. Drei Erfolge sind mit Sicherheit ihr Verdienst:

Erstens war es der Protestruf „Keine Gewalt!“ Der war doppelt zu verstehen und wurde auch von allen so verstanden. Er war einerseits an die bedrohliche Macht des Staatsapparates gerichtet; andererseits gehörte er zum Programm der Protestierenden.

Zweitens wurden die 99%-Wahlergebnisse nicht mehr hingenommen. Im Mai 1989 fassten wir in den Friedenskreisen den Mut, die Stimmenauszählung in einigen Ost-Berliner Stadtbezirken flächendeckend zu kontrollieren. Es gab staatlicherseits keinen Widerstand. Die Verantwortlichen in den Wahllokalen waren sogar kooperativ. Trotzdem wurde wieder ein 99 %-Sieg veröffentlicht. Wir konnten den Wahlbetrug nun dokumentieren und haben jeden darauffolgenden Monat daran in Aktionen erinnert. Obwohl zur gleichen Zeit die chinesische Regierung auf dem Platz des himmlischen Friedens wütete.

Drittens hatten die Friedenskreise während des konziliaren Prozesses ein ziemlich umfassendes Alternativkonzept entwickelt und auf der 3. Ökumenischen Versammlung verabschiedet.

Ich denke dankbar an einige prägende Persönlichkeiten, die den Prozess inspiriert haben. Es war zum Beispiel der Erfurter Probst Dr. Heino Falcke, dessen Namen ich auf der Mail-Anschriftenliste des ÖNiD wiederentdeckt habe.

Diese alternativen Inhalte wurden von den Bürgerrechtsgruppen des Jahres 1989 aufgegriffen, kamen doch alle überwiegend aus dem konziliaren Prozess. Niemals sonst hätten sie in den Sommermonaten so schnell ihre Programme beschließen können.

Das alles war möglich ohne Internet! Sogar Kopierer waren Mangelware!

Dann wurden im ganzen Lande die runden Tische gebildet. Sie arbeiteten äußerst konstruktiv. Man denke nur an die Fernsehübertragungen des zentralen Runden Tisches, die man auch in der Bundesrepublik mit großem Interesse verfolgt hat. Auch da erstaunte die inhaltliche Zielklarheit. Vielleicht schon vergessen: Der zentrale Runde Tisch wurde jedes Mal moderiert durch zwei Kirchenmänner, ein katholischer, ein evangelischer.

Die Runden Tische endeten nach der Wahl der ersten und letzten demokratischen Volkskammer, die am 18. März 1990 stattfand. Die Fraktionen waren überwiegend geprägt durch die Bürgerrechtsgruppen. Ich weiß noch, wie oft der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der Zuschauertribüne der Volkskammer gesessen hat, weil ihn die Kraft und Frische dieses Parlaments begeisterte.

Der Runde Tisch hatte keinen Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes gewollt, der inzwischen geändert wurde und nun Europa betrifft. Vielmehr sollte nach Artikel 146 verfahren werden. Dafür war der berühmte Verfassungsentwurf des Runden Tisches entwickelt worden, der auf dem Grundgesetz basierte. Artikel 146 gilt noch heute.

Ich selbst habe von Anfang an im Neuen Forum mitgearbeitet. Das war die größte Bürgerrechtsgruppe von 1989. Wir bildeten in Berlin eine Arbeitsgruppe für Wirtschaft und Währung. Auf keinen Fall wollten wir die plötzliche Einführung der DM 1:1 in Ostdeutschland. Unsere Folgenabschätzung bestätigte sich. Die DDR-Wirtschaft konnte dem Konkurrenzdruck aus der Bundesrepublik nicht standhalten. Es gab eine unvorstellbare Arbeitslosigkeit, bis heute.

An dieser Stelle soll Schluss sein, denn was folgte, kann nicht der Ermutigung dienen.

Warum ich das alles erzählt habe? Weil es unsere Motivation war, mit der „Solidarischen Bürgerversicherung – fair teilen statt sozial spalten“ im gesamtdeutschen Rahmen ein Alternativkonzept bekannt zu machen. Heute geht es nicht mehr nur um die Spaltung zwischen Ost und West, sondern viel mehr noch um einen tiefen Riss zwischen Arm und Reich – in beiden Teilen Deutschlands, wie auch global.

Und heute wie damals kann die ökumenische Bewegung eine wichtige Rolle spielen. Es kommt darauf an, die Bürgerversicherung in eine größere, eine umfassende Reform einzubetten, die sich am Gemeinwohl orientiert. Wir haben das zunächst nur angedacht durch unsere Befürwortung z. B. eines alternativen Konzepts der Rentenversicherung, eines Steuer- und eines arbeitsrechtlichen Konzepts.

Lasst uns weiter daran arbeiten! Gemeinsam können wir es schaffen! Mit und auch ohne Internet. Aber gelegentlich denkt ruhig mal an Obama. Sein Sieg basierte nicht zuletzt auf der Graswurzelbewegung, die das Internet genutzt hat.

Unentbehrlich sind für uns auch fundierte Berechnungen, die nur ein ökonomisches Institut durchführen kann. Aber auch das sollten wir gemeinsam suchen!

Wir werden im Oktober einen Kongress haben zu unserer „Solidarischen Bürgerversicherung – fair teilen statt sozial spalten“.

Ebenfalls im Oktober wird die Jahrestagung des ÖNiD sein. Wir hoffen auf beide Veranstaltungen.

Und wir freuen uns darauf, viele von Euch dann zu sehen!

Mit herzlichen Grüßen, vor allem auch vom Arbeitskreis Ökonomie und Kirche
Barbara Hähnchen